

Brüssel, 11. Oktober 2013

Newsletter der Europagruppe GRÜNE

Rückblick auf die Plenarsitzung in Straßburg

7. - 10. Oktober 2013

I. DIE THEMEN

SEITE

- Tabakrichtlinie 2
- Flüchtlinge aus Syrien 2
- Europäisches Grenzüberwachungssystem (Eurosur) 3
- Flugdienstzeiten von Piloten 4
- Umweltverträglichkeitsprüfungen 4
- NSA-Überwachung/Bankdatenabkommen mit den USA (SWIFT) 5
- Anerkennung von Berufsqualifikationen 5
- Handelsabkommen: EU und China 6

II. TERMINE

- Aktuelle Termine der Europagruppe GRÜNE 7

I. Die Themen

Tabakrichtlinie

Bericht Linda McAvan (S&D, Vereinigtes Königreich)

„Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen“

Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung

Debatte und Abstimmung am Dienstag, 8. Oktober

+++ **Kontakt: Rebecca Harms MdEP**, www.rebecca-harms.de +++

Hintergrund: Tabak verursacht jährlich 700.000 frühzeitige Todesfälle in der EU. 70 % der Raucher beginnen bevor sie 18, 94 % bevor sie 25 Jahre alt sind. Deshalb konzentrierte sich die EU-Kommission in ihrem Vorschlag zur Revision der Tabakrichtlinie darauf, den Anreiz bei jungen Menschen zum Einstieg zu verringern. Nach extremem Lobbydruck der Tabakriesen verwässerte das Parlament in dieser Woche jedoch diesen Vorschlag. So sollen statt 75 % nur 65% der Oberfläche der Zigarettenschachtel durch Warnungen in Text und Bild bedeckt sein. Menthol soll vorerst für 8 Jahre vom Verbot für Zusatzstoffe ausgenommen werden. Dabei ist dies ein Zusatz, der insbesondere jungen EinsteigerInnen das Rauchen schmackhaft machen soll. Auch irreführende Produkte, wie Slim-Zigaretten, die sich insbesondere an junge Frauen richten, möchte das Parlament nicht verbieten. E-Zigaretten sollen nicht als medizinische Produkte zugelassen werden, sondern als Verbrauchsprodukte auf den Markt kommen.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die konservativ-liberale Mehrheit des Parlaments hat sich dem Lobbydruck der Tabakindustrie gebeugt. Dabei hat sie das eigentliche Ziel der Gesetzgebung – den Gesundheitsschutz – aus den Augen verloren. Zwar würde die neue Richtlinie noch immer eine Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten, doch insbesondere Maßnahmen, die junge Menschen davon abhalten sollten, mit dem Rauchen zu beginnen, wurden empfindlich abgeschwächt.

> [Artikel: Triumph für milliardenschwere Tabakindustrie](#)

> [Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

Flüchtlinge aus Syrien

Aussprache mit EU-Kommission und Rat

mit Resolution

Debatte und Abstimmung am Mittwoch, 9. Oktober

+++ **Kontakt: Ska Keller MdEP**, www.ska-keller.de +++

+++ **Kontakt: Rebecca Harms MdEP**, www.rebecca-harms.de +++

Hintergrund: Die zunehmende Zahl syrischer Flüchtlinge stand im Mittelpunkt einer Debatte in Anwesenheit von EU-Kommissar Barnier am Mittwochmorgen im Europaparlament. Im Anschluss an daran wurde eine Resolution des Innenausschusses abgestimmt.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die verabschiedete Resolution spiegelt Grüne Kernforderungen wider: die Mitgliedsstaaten sollen sich ihrer Verantwortung stellen und die Anrainerstaaten Syriens entlasten, indem sie mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen. Angesichts der 2 Millionen Menschen auf



der Flucht, soll den Nachbarstaaten Syriens geholfen und mit dem Blick nach vorne eine Konferenz zur Beratung über die humanitäre Katastrophe einberufen werden. Zentral ist darüber hinaus, dass die Mitgliedsstaaten zur Seenotrettung von Bootsflüchtlingen ermahnt werden sowie dazu, zentrale Prinzipien des internationalen Flüchtlingsschutzes, wie insbesondere den Schutz vor Zurückweisung, nicht zu verletzen. Mit unserer Forderung nach einer Aktivierung der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz von Flüchtlingen haben wir Grüne uns zumindest so weit durchgesetzt, dass die Mitgliedsstaaten sie in Betracht ziehen sollen.

> [Artikel: Nach Lampedusa - Innenminister setzen weiter auf Abschreckung](#)

> [Animation: Europa bleibt für syrische Flüchtlinge eine Festung](#)

> [Pressemitteilung von Rebecca Harms und Ska Keller](#)

> [Plenarrede von Ska Keller](#)

Europäisches Grenzüberwachungssystem (Eurosur)

Bericht Jan Mulder (ALDE, Niederlande)
„Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)“

Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung

Debatte am Mittwoch, 9. Oktober
Abstimmung am Donnerstag, 10. Oktober

+++ **Kontakt: Ska Keller MdEP, www.ska-keller.de** +++

Hintergrund: Nur eine Woche nach dem Tod von mehr als 300 Flüchtlingen vor der italienischen Insel Lampedusa hat eine Mehrheit im Europaparlament nun für das neue europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur gestimmt. Ziel von Eurosur ist es, den Mittelmeerraum verschärft gegen „illegale Einwanderung“ und grenzüberschreitende Kriminalität zu kontrollieren. Ein Änderungsantrag der Grünen zur besseren Rettung von Flüchtlingen aus Seenot wurde abgelehnt.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen haben bis zuletzt dafür gekämpft, dass Eurosur dazu dient, Menschenleben zu retten. Aber Konservative, Sozialdemokraten und Liberale haben Eurosur trotz der Katastrophe von Lampedusa einfach durchgewunken. Sie sind vor der Blockade der Mitgliedsstaaten gegen eine bessere Rettung von Flüchtlingen aus Seenot eingeknickt. Das Parlament hat zwar erreicht, dass Lebensrettung in der Eurosur-Verordnung erwähnt ist. Aber ändern wird das nichts. Das Grenzüberwachungssystem führt in der jetzt verabschiedeten Form weder zu einer besseren Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bei der Rettung von Flüchtlingen, noch dazu, dass Frontex das Mittelmeer zur Seenotrettung derselben überwacht. Einziger „Fortschritt“: Künftig wissen wir, wie viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa in Lebensgefahr sind. Denn mit Eurosur müssen die EU-Mitgliedsstaaten Frontex darüber informieren. Verbessern müssen sie die Menschenrettung nicht.

> [Artikel: Nach Lampedusa - Innenminister setzen weiter auf Abschreckung](#)

> [Pressemitteilung von Ska Keller](#)

> [Plenarrede von Ska Keller](#)



Flugdienstzeiten von Piloten

Resolution des Handelsausschusses zu einem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission

Debatte am Dienstag, 8. Oktober

Abstimmung am Mittwoch, 9. Oktober

+++ **Kontakt: Michael Cramer MdEP, www.michael-cramer.de** +++

Hintergrund: Am 9. Oktober hat das Europäische Parlament dem Gesetzesvorschlag der Kommission für die Vereinheitlichung von Flugdienstzeiten von Piloten grünes Licht gegeben. Damit werden entgegen der einstimmigen Empfehlung einer EU-Expertengruppe Nachtdienste von bis zu 11 Stunden (zwei Mal pro Woche sogar bis zu 12,5 Stunden) und eine Kombination von Bereitschafts- und Arbeitszeit von bis zu 22 Stunden erlaubt. Auf Antrag der Grünen hatte der Verkehrsausschuss den Vorschlag in der Vorwoche mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Im Plenum fand sich jedoch keine Mehrheit für die Forderung nach einem überarbeiteten Vorschlag, so dass in zwei Jahren die neuen Flugdienstzeiten EU-weit in Kraft treten werden.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Profite gehen vor Sicherheit – das ist das fatale Signal des Parlamentsvotums zu Flugdienstzeiten. Die beauftragten Forscher hatten eindringlich vor den Gefahren der Übermüdung im Cockpit gewarnt. Doch die Mehrheit aus Konservativen, Liberalen und einigen Sozialdemokraten gab dem massiven Druck der Airlines nach. Sie verlassen sich auf das Prinzip Hoffnung. Dabei ist schon heute jeder fünfte Zwischenfall auf übermüdete Piloten zurückzuführen. 2009 starben 50 Menschen, als im amerikanischen Buffalo beide Piloten gleichzeitig einschlieften. Strengere Regeln hätten vor allem auf Flügen an die US-Ostküste einen dritten Piloten erfordert, was zu Mehrkosten von lediglich 1,50 Euro pro Ticket geführt hätte. Dass das Parlament nicht einmal diesen Betrag für Sicherheit aufbringen will, zeigt: Das Prinzip „safety first“ gilt nicht mehr.

> [Pressemitteilung von Michael Cramer](#)

> [Plenarrede von Michael Cramer](#)

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Bericht Andrea Zanoni (ALDE, Italien)

„Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten“

Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung

Debatte am Dienstag, 8. Oktober

Abstimmung am Mittwoch, 9. Oktober

+++ **Kontakt: Rebecca Harms MdEP, www.rebecca-harms.de** +++

Hintergrund: Die Richtlinie soll sicherstellen, dass die zuständigen Behörden gut über die Folgen für die Umwelt informiert sind, bevor sie Genehmigungen für neue Projekte ausstellen. Da die Qualität der Analysen in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ist und Widersprüche mit anderen Gesetzen bestehen, wurde eine Überarbeitung der Regeln notwendig. Der Umweltausschuss hatte den Kommissionsvorschlag bereits an einigen wichtigen Stellen gestärkt. So sollen bei Schiefergasprojekten unabhängig von der Größe sowohl im Falle der Erkundung als auch der Förderung verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt werden. Experten, die die Prüfung durchführen, sollen unabhängig, qualifiziert und technisch kompetent sein. Außerdem



soll die Öffentlichkeit das Recht bekommen, eine Prüfung für Projekte einzufordern und aktiv am Prozess teilzunehmen. Über die Vorlage des Unterausschusses wurde jetzt im Plenum entschieden.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen begrüßen, dass die UVP-Pflicht für alle Schiefergasprojekte auch im Plenum Unterstützung fand. Die Prüfung kann alleine zwar nicht die Genehmigung von Schiefergasprojekten verhindern. Es werden aber immerhin bestimmte Prüfverfahren und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt. Das verhindert, dass gefährliche Schiefergasprojekte trotz erheblicher Umweltrisiken und gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger einfach durchgedrückt werden.

[> Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

NSA-Überwachung und Bankdaten-Abkommen mit USA (SWIFT)

Aussprache mit der Europäischen Kommission

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 9. Oktober
Abstimmung im zweiten Oktober-Plenum (21.-24.10.)

+++ **Kontakt: Jan Philipp Albrecht MdEP**, Telefon www.janalbrecht.eu +++

Hintergrund: Das 2010 angenommene Bankdaten-Abkommen der EU mit den USA ist seit Jahren in der Kritik. Die US-Geheimdienste bekommen für ihr „Terrorist Finance Tracking Programme“ weiterhin jeden Monat die gesamten SWIFT-Überweisungsdaten einer kompletten Region, die Vorabkontrolle durch Europol funktioniert nicht, und zwischenzeitlich hatten sogar die Datenschutzbehörden aus Protest das Review-Verfahren verlassen. Im September berichteten deutsche und amerikanische Medien mit Verweis auf die Dokumente des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, dass der US-Abhörgeheimdienst NSA sich in das SWIFT-Netzwerk gehackt habe - im Rahmen seiner „Tailored Access Operations“. Seitdem wird die Angelegenheit intensiv im Europäischen Parlament und über den Atlantik hinweg diskutiert.

Grüne Position: Die Grünen haben die massenhafte und anlasslose Übermittlung von Bankdaten europäischer Kunden an die US-Dienste und die jahrelange dortige Vorratsdatenspeicherung und Rasterung von Anfang an kritisiert und dafür gesorgt, dass ein erster Entwurf des Abkommens sogar abgelehnt wurde. Das aktuelle Abkommen wurde gegen die Stimmen der Grünen Fraktion nur knapp angenommen. In der Plenardebatte haben die Grünen erneut deutlich gemacht, dass es aufgrund der aktuellen Entwicklungen sofort aufgekündigt werden muss. Die Überwachung seitens der NSA stellt einen offenen Bruch des Abkommens dar und unterwandert die darin enthaltenen - ohnehin schon viel zu schwachen - Datenschutzstandards für europäische Bürgerinnen und Bürger.

[> Plenarrede von Jan Philipp Albrecht](#)

Gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen

Bericht Bernadette Vergnaud (S&D, Frankreich)
„Anerkennung von Berufsqualifikationen und Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems“

Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung

Debatte und Abstimmung am Mittwoch, 9. Oktober



+++ **Kontakt: Heide Rühle MdEP**, www.heide-ruehle.de +++

Hintergrund und Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Europäische Parlament hat dem Kompromiss zur Revision dieser Richtlinie mit großer Mehrheit zugestimmt. Für die Grünen ist die Vereinfachung der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen ein zentrales Thema. Denn die Freizügigkeit muss gerade in Zeiten von hoher Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern dringend erleichtert werden. Der freiwillige elektronische Berufsausweis, der nun eingeführt wird, soll hier zu deutlichen Verbesserungen führen.

Die Grünen haben in den Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten durchsetzen können, dass eine 10-jährige Schulausbildung zur Grundvoraussetzung für die Anerkennung einer Krankenpflegefachkraft weiterhin ausreicht. Damit bleibt dieser anspruchsvolle Beruf auch für junge Leute offen, die keine Hochschulzugangsberechtigung haben. Anfängliche Versuche, die Standards der dualen Berufsausbildung, wie sie besonders in Deutschland praktiziert wird, zu senken, konnten mit Hilfe der Grünen abgewendet werden. Den Mitgliedsstaaten wird außerdem ermöglicht, den neuen europäischen Ausbildungsrahmen individuell abzulehnen, sobald er niedrigere Standards setzt. Zudem sollen alle Mitgliedsstaaten künftig mit einem Vorwarnmechanismus über bestimmte Berufsangehörige informiert werden, die nicht länger berechtigt sind, ihren Beruf auszuüben. Die Möglichkeit, durch Wegzug Berufsverbote zu umgehen, wird damit deutlich erschwert.

> [Pressemitteilung von Heide Rühle](#)

> [Plenarrede von Heide Rühle](#)

Handelsabkommen: EU und China

Aussprache mit der Europäischen Kommission

mit Resolution

Debatte am Dienstag, 8. Oktober

Abstimmung am Mittwoch, 9. Oktober

+++ **Kontakt: Ska Keller MdEP**, www.ska-keller.de +++

Hintergrund: Die EU und China wollen Verhandlungen zu einem bilateralen Investitionsabkommen aufnehmen. Die Mitgliedsstaaten werden am 18. Oktober über das Mandat entscheiden. Das Europäische Parlament muss einem möglichen Abkommen am Ende zustimmen, damit es in Kraft treten kann. Vor dem Beginn der Verhandlungen hat es sich nun für die Aufnahme von Verhandlungen ausgesprochen. Bilaterale Investitionsabkommen sind seit dem Vertrag von Lissabon EU-Kompetenz. China ist das erste Land, mit dem die Union entsprechende Gespräche aufnehmen möchte.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen hatten Bedingungen für die Aufnahme der Verhandlungen gestellt und sprachen sich klar gegen die Aufnahme von Investor-Staats-Klagemöglichkeiten in das Abkommen aus. Denn so können Unternehmen demokratisch legitimierte Entscheidungen von Staaten vor einem internationalen Schiedsgericht anzweifeln. Darüber hinaus forderten die Grünen eine Klausel, die internationale Konventionen im Bereich Menschenrechte, Umwelt und Arbeitsrechte verbindlich macht. Leider konnten sich die Grünen Änderungsanträge nicht durchsetzen – so dass die Grünen gegen die Resolution gestimmt haben.

> [Pressemitteilung von Ska Keller](#)

> [Plenarrede von Ska Keller](#)



II. Aktuelle Termine der Europagruppe GRÜNE

Ideale Stadt der Zukunft - Planspiel der Leuphana Uni. Abschlussveranstaltung und Siegerehrung u.a. mit Rebecca Harms, MdEP, und Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.

11. Oktober, Lüneburg.

[mehr](#)

Welche Gefahren birgt die Technologie Fracking? Filmabend von Elisabeth Schroedter, MdEP, zum Film „Gas Fieber“ von Lech Kowalski.

11. Oktober, Beeskow.

[mehr](#)

Vorstellung eines Aktionsvideos gegen Frauenmorde (Femicidios). Mit Ska Keller, MdEP.

15. Oktober, Brüssel.

[mehr](#)

A Renaissance of Industry for a Sustainable Europe (RISE). Mit Reinhard Bütikofer, MdEP.

16. Oktober, Brüssel.

[mehr](#)

"GAS-Fieber": Themenabend zu Fracking. Filmvorführung mit anschließender Diskussion mit Elisabeth Schroedter, MdEP, und Rebecca Harms, MdEP.

16. Oktober, Brüssel.

[mehr](#)

Making Economic governance serve social justice: A response to the Commission proposal on the "Social Dimension of the EMU". Eine Greens/EFA-Konferenz mit Elisabeth Schroedter, MdEP u.a.

17. Oktober, Brüssel.

[mehr](#)

Europas Zukunft - Deine Zukunft. Europäischer Jugendkongress, Fishbowldiskussion u.a. mit Jan Philipp Albrecht, MdEP.

18. Oktober, Berlin.

[mehr](#)

Debatte über aktuelle europapolitische Fragen mit den Schülerinnen und Schülern der Campus-Schule für Berufsbildung. Mit Michael Cramer, MdEP.

18. Oktober, Berlin.

michael.cramer@ep.europa.eu

Notwendige politische Rahmenbedingungen für den Leguminosenanbau in der EU. Vortrag von Martin Häusling, MdEP, im Rahmen der BfN-Tagung „Konzepte zur Etablierung eines nachhaltigen und vielfältigen Leguminosenanbaus“.

23. Oktober, Insel Vilm.

[mehr](#)

Die Neuentdeckung der Rohstoffpolitik – Perspektiven zwischen nationalen Alleingängen und einer koordinierten europäischen Politik. Ressourceneffizienz-Kolloquium mit Reinhard Bütikofer, MdEP.

24. Oktober, Pforzheim.

[mehr](#)

Sprichst du europäisch? Öffentlichkeit und Identität in Europa. Podiumsdiskussion mit Ska Keller, MdEP, u.a. bei den Jugendmedientagen 2013.

25. Oktober, Berlin.

[mehr](#)

EU-Flüchtlingspolitik. Seminar mit Ska Keller, MdEP.

25. Oktober, Brandenburg an der Havel.

mehr: europa-direct@bbag-ev.de

Bundesrepublik Europa. Diskussion mit Gerald Häfner, MdEP, Gabi Zimmer, MdEP und Beppe Gaccia im



Rahmen des Transeuropa Festivals.

26. Oktober, Berlin.

[mehr](#)

Europäische Bürgerinitiative zur Wasserprivatisierung. Beitrag von Gerald Häfner, MdEP, zur Tagung DEMOKRATIE braucht ZEIT.

26. Oktober, Berlin.

[mehr](#)

Rechtsrum?! -Wie begegnet Europa antidemokratischen Tendenzen? Jahrestagung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg u.a. mit Jan Philipp Albrecht, MdEP.

26. Oktober, Stuttgart.

[mehr](#)

Europäische Energie- und Klimaziele im Spannungsfeld zwischen europäischen Vorgaben und nationalen Alleingängen. BDEW-Jahresabend mit Paneldiskussion, u.a. mit Rebecca Harms, MdEP.

12. November, Brüssel.

[mehr](#)

Workshop "Europa im Lokalteil? Fakten, Strategien, Recherchetipps rund um die EU für Regionaljournalist/innen. Mit Reinhard Bütikofer, MdEP, u.a.

15. November, Rostock.

[mehr](#)